

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2024

Inhalt

Nachrichten aus europäischen Institutionen	2
Europarat: Stärkung der Kinderrechte in Deutschland und mehr Einsatz im Kampf gegen Armut gefordert.....	2
EU-Trilog: Lieferkettengesetz gegen Kinderarbeit in abgeschwächter Form verabschiedet	2
Europarat: Bilanz der Arbeit zum Schutz von Kinderrechten seit 2022	3
EU-Parlament: strengere Vorschriften für die Sicherheit von Spielzeug unterstützt	3
EU-Kommission: Untersuchungen gegen große Technologiefirmen eingeleitet.....	3
EU-Rat: neuer Gesetzentwurf gegen Kindesmissbrauch im Internet stärkt Rolle nationaler Behörden	4
EU-Ratsvorsitz und EU-Kommission: Aufruf zur humanitären Lage der Kinder in Gaza	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	4
Irland: Referendum zur Ehe und Rolle der Frau gescheitert.....	4
Frankreich: Freiheit zur Abtreibung in der Verfassung garantiert	5
Schweiz: zivilgesellschaftlicher Kinder- und Jugendbericht an den UN-Kinderrechtsausschuss.....	5
Schweiz: Familienbarometer 2024	5
Schweiz: Eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Armut soll verabschiedet werden	5
Irland: Bericht zu Kinderrechten in der Pandemie	5
Weitere Nachrichten.....	6
Mainstreaming der Kinderrechte in den Vereinten Nationen	6
Thailändische Parlamentskammer stimmt für gleichgeschlechtliche Ehe.....	6
Stellungnahme von Stakeholdern zu Kinderrechten im UN Global Digital Compact	6
#VoteForChildren: Aufstehen für die Rechte der Kinder bei den kommenden EU-Wahlen	6
Europäische Jugendwoche 2024.....	7
Berichte und Studien	7
WHO/HBSC: Mobbing und Gewalt unter Schulkindern in 44 Ländern.....	7
UNICEF: neuer Bericht zu weiblicher Genitalverstümmelung	7
TraFaDy: Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf transnationale Familien.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus europäischen Institutionen

Europarat: Stärkung der Kinderrechte in Deutschland und mehr Einsatz im Kampf gegen Armut gefordert

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, hat einen Bericht über ihren Besuch in Deutschland veröffentlicht. Der Bericht fokussiert auf die strukturellen und rechtlichen Rahmen zu Menschenrechten sowie den Zugang zu ihnen, vor allem hinsichtlich sozialer Rechte, Armutsprävention und angemessenem Wohnen. Hervorgehoben werden die Rechte von Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen sowie Diskriminierung. Hinsichtlich der Kinder und Jugendlichen fordert sie eine Stärkung der Kinderrechte und die Einrichtung unabhängiger Beschwerdemechanismen für Kinder in Deutschland. Sie hebt die Notwendigkeit hervor, die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu berücksichtigen und ihnen effektive Mittel zur Artikulation ihrer Anliegen und Beschwerden zur Verfügung zu stellen.

Zudem fordert die Menschenrechtskommissarin mehr Anstrengungen im Kampf gegen Armut. In dem Bericht ist von „wachsender Ungleichheit“ in der Bundesrepublik die Rede, in der das hohe Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung in keinem Verhältnis zum Reichtum stehe. Die Menschenrechtskommissarin begrüßte zwar die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen, etwa das Sozialsystem zu reformieren, um es zugänglicher zu machen, die Sozialversicherungsleistungen zu erhöhen und mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose anzubieten. Es seien jedoch weitere Anstrengungen nötig, um die zunehmende Ungleichheit zu bekämpfen. Um Obdachlosigkeit zu verhindern und zu beseitigen, seien umfassende und langfristige Maßnahmen nötig, zum Beispiel Änderungen beim Mietrecht. Besondere Aufmerksamkeit sei auch beim Anstieg der Fremdenfeindlichkeit nötig, die potenziell in der Lage sei, den sozialen Zusammenhalt zu untergraben und die demokratischen Institutionen zu destabilisieren.

In ihrem 15-seitigen Kommentar begrüßt die Bundesregierung den Besuch und den Bericht und erläutert, wo aus Sicht der zuständigen Ressorts ergänzend zum Bericht Erläuterungsbedarf besteht. Die Bundesregierung betont, dass sie in der weiteren Stärkung der Menschenrechtsmechanismen, einschließlich der Kinderrechte, eine fortlaufende Verpflichtung sieht.

- [Bericht der Menschenrechtskommissarin des Europarates](#)  
- [Kommentare der Bundesregierung zum Bericht](#) 

EU-Trilog: Lieferkettengesetz gegen Kinderarbeit in abgeschwächter Form verabschiedet

Nachdem der Entwurf für ein Lieferkettengesetz der EU zweimal keine Mehrheit gefunden hatte (s. [AGF EuropaNews 02/24](#)), konnte nun sein Scheitern verhindert und eine eingeschränkte Fassung beschlossen werden. Der Schwellenwert des Jahresumsatzes der Unternehmen, für die das Gesetz gilt, wurde von 150 auf zunächst 300, dann 450 Millionen Euro angehoben. Damit hat sich die Anzahl der direkt betroffenen europäischen Unternehmen um zwei Drittel verringert. Allerdings dürfte sich das Gesetz indirekt auch auf die europäischen Zulieferer dieser Unternehmen auswirken. Die Anhebung des Schwellenwertes kam Bedenken von Frankreich und Italien entgegen. Deutschland und andere Länder, die das EU-Lieferkettengesetz zuletzt angehalten hatten, wurden von der Mehrheit überstimmt.

Europarat: Bilanz der Arbeit zum Schutz von Kinderrechten seit 2022

In seiner Strategie für die Rechte des Kindes 2022-2027 verfolgt der Europarat sechs Schlüsselziele: Freiheit von Gewalt für alle Kinder, Chancengleichheit und soziale Inklusion, Zugang zu Technologien und ihre sichere Nutzung, kinderfreundliche Justiz, Teilhabe von Kindern sowie Kinderrechte auch in Krisenzeiten. Die vom Europarat und seinen Mitgliedstaaten in den vergangenen zwei Jahren zur Erreichung aller strategischen Ziele geleistete Arbeit wird jetzt im ersten Umsetzungsbericht dargestellt. Die meisten der befragten Staaten sind der Auffassung, dass sich die Situation von Kindern insbesondere in den Bereichen Teilhabe von Kindern, kinderfreundliche Justiz und sichere Nutzung von Technologien verbessert habe. Mehr Aufmerksamkeit sei jedoch nötig für Themen wie Mobbing, Gewalt unter Gleichaltrigen, eine umfassende Sexualerziehung zur Vorbeugung gegen Gewalt und riskantes Sexualverhalten von Kindern, ein gleichberechtigter Zugang zu Technologien für alle Kinder sowie die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und Kindern, die in Heimen leben.

- [Umsetzungsbericht des Europarats](#)  
- [Link zum Bericht des Europarats](#)  

EU-Parlament: strengere Vorschriften für die Sicherheit von Spielzeug unterstützt

Das Parlament hat nahezu einstimmig einen Standpunkt zu den überarbeiteten EU-Vorschriften für die Sicherheit von Spielzeug beschlossen. Erweitert werden soll das bestehende Verbot krebserregender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender Substanzen auf Chemikalien, die für Kinder besonders schädlich sind, wie z. B. Stoffe mit endokriner Wirkung (die das natürliche Hormonsystem und die Steuerung von Entwicklungsprozessen stören) oder Chemikalien, die das Atmungssystem beeinträchtigen. Die Vorschriften zielen auch auf Chemikalien ab, die für bestimmte Organe giftig oder persistent, bioakkumulierbar und toxisch sind. Spielzeug solle auch keine per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) enthalten (s. [AGF EuropaNews 01/24](#)). Spielzeuge in der EU sollen mit einem digitalen Produktpass versehen werden, der die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften detailliert darlegt. Dies verbessere die Rückverfolgbarkeit von Spielzeug und vereinfache die Marktüberwachung und Zollkontrollen.

- [Standpunkt zur Sicherheit von Spielzeugen](#)

EU-Kommission: Untersuchungen gegen große Technologiefirmen eingeleitet

Die Europäische Kommission hat gegen Alphabet (Google), Apple und Meta (Facebook, Instagram und Whatsapp) eine Untersuchung wegen Nichteinhaltung des Gesetzes über digitale Märkte (DMA) eingeleitet. Die Kommission äußerte den Verdacht, dass diese Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben nicht vollständig einhalten. Das betrifft unter anderem das Modell „Bezahlen oder Zustimmen“ von Meta, das auch minderjährige Nutzer:innen vor die Alternative stellt, der kommerziellen Nutzung ihrer persönlichen Daten zuzustimmen oder eine monatliche Gebühr zu entrichten. Kurz zuvor verhängte die Kommission gegen Apple eine Geldbuße in Höhe von 1,8 Milliarden Euro wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens im Bereich Musik-Streaming.

Außerdem fordert die Kommission detaillierte Angaben von Bing, Google Search, Facebook, Instagram, LinkedIn, Snapchat, TikTok, YouTube und X (vormals Twitter) zu den Risiken künstlicher Intelligenz, insbesondere für Wahlen, sowie zur Verwendung von persönlichen Daten für individualisierte Werbung. Die Anfragen beruhen auf dem im Februar in Kraft getretenen Digital Services Act (DSA), der dem Schutz der Grundrechte insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen dient (s. [AGF EuropaNews 02/24](#)). Im Fall des Job- und Bildungsportals LinkedIn geht es um die Verwendung von Daten zur sexuellen Orientierung, politischen Einstellungen oder Rasse für gezielte

Werbung. Bei den anderen Plattformen richtet sich die Aufmerksamkeit auf von künstlicher Intelligenz kreierte Inhalte, die Verbreitung illegaler Inhalte, geschlechtsbezogene Gewalt, Minderheitenschutz, geistige Gesundheit, geistiges Eigentum sowie Daten- und Verbraucherschutz.

EU-Rat: neuer Gesetzentwurf gegen Kindesmissbrauch im Internet stärkt Rolle nationaler Behörden

Die belgische Ratspräsidentschaft hat einen neuen Ansatz für den Gesetzentwurf zur Identifizierung und Entfernung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch im Internet vorgelegt. Das Hauptaugenmerk liegt nun auf den Aufgaben der nationalen Koordinierungsbehörden. Dabei handelt es sich um eine in jedem EU-Mitgliedstaat benannte Stelle, die für die Entgegennahme von Risikobewertungen, die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung und die Koordinierung der Bemühungen zur Aufdeckung, Meldung und Entfernung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch im Internet (CSAM) zuständig ist. Der Gesetzentwurf befindet sich schon länger in der Diskussion unter den Mitgliedstaaten (s. zuletzt [AGF EuropaNews 12/23](#)).

EU-Ratsvorsitz und EU-Kommission: Aufruf zur humanitären Lage der Kinder in Gaza

Die belgische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission sind beunruhigt über die anhaltende Verschlechterung der humanitären Lage der Kinder im Gazastreifen. Bis zu 70 % der 29.782 Palästinenser:innen, die seit Beginn der Feindseligkeiten getötet wurden, seien Frauen und Kinder. Mehr als 11.682 Kinder sollen verletzt worden sein, und Tausende weitere würden vermisst und seien wahrscheinlich unter den Trümmern der zerstörten Gebäude verletzt oder getötet worden. Eine Million Kinder seien im Gazastreifen auf der Flucht und ständig der Gefahr von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt. Das Risiko einer menschengemachten Hungersnot im Gazastreifen steige täglich, insbesondere für Hunderttausende im nördlichen Gazastreifen, die von jeglicher Hilfe abgeschnitten seien. Darüber hinaus sei der Schulunterricht im Gazastreifen zum Erliegen gekommen. Mehr als 625.000 Schüler:innen würden der Bildung beraubt. Gefordert wird eine sofortige humanitäre Feuerpause, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand führt, die Achtung des Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung und zivilen Infrastruktur sowie die sofortige und bedingungslose Freilassung aller inhaftierten Kinder und Geiseln. Darüber hinaus müsse es einen sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zum Gazastreifen und zum Westjordanland geben.

- [Aufruf von EU-Ratsvorsitz und EU-Kommission](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Irland: Referendum zur Ehe und Rolle der Frau gescheitert

Die irischen Wähler:innen haben Verfassungsänderungen zur Ehe und zur Rolle der Frau abgelehnt. Damit ist in der Verfassung weiter vom „häuslichen Leben“ und häuslichen Pflichten der Frau die Rede, wie bereits seit 1937. Zwei Drittel stimmten gegen die Neudefinition der Familie, und fast drei Viertel gegen die Änderungen zur Rolle der Frau. Die neuen Formulierungen wurden als unscharf kritisiert, zum Beispiel dass „dauerhafte Beziehungen“ die Grundlage der Familie seien. Eine Verfassungsänderung ist in Irland nur per Volksabstimmung möglich. Per Referendum wurde 2018 Abtreibung legalisiert und 2015 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt.

Frankreich: Freiheit zur Abtreibung in der Verfassung garantiert

In einer gemeinsamen Sitzung haben beide Kammern der französischen Volksvertretung die „garantierte Freiheit zum Abbruch“ einer Schwangerschaft in der Verfassung verankert. 780 Parlamentarier:innen stimmten dafür, nur 72 dagegen. Die Formulierung wird von manchen Expert:innen als schwächer als ein „Recht auf Abtreibung“ angesehen. Gleichwohl handelt es sich nicht nur um einen symbolischen Akt, weil die Garantie in der Verfassung viel schwerer rückgängig gemacht werden könnte als eine bloß gesetzliche Regelung. Das Kippen des Abtreibungsrechts in den USA war der Auslöser für die Verfassungsänderung (s. [AGF EuropaNews 02/24](#)).

Schweiz: zivilgesellschaftlicher Kinder- und Jugendbericht an den UN-Kinderrechtsausschuss

Zum zweiten Mal erstellen zivilgesellschaftliche Organisationen der Schweiz einen Kinder- und Jugendbericht an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes. Bis 2026 arbeiten das Netzwerk Kinderrechte und weitere Organisationen wie Terre des hommes oder Save the Children Schweiz daran. Kinder und Jugendliche werden aktiv einbezogen. Ein besonderes Augenmerk gilt diesmal Gruppen von Kindern in benachteiligenden Lebenssituationen: geflüchtete Kinder, außerfamiliär untergebrachte Kinder, Kinder mit einer Behinderung sowie armutsbetroffene Kinder.

- [Link zum Netzwerk Kinderrechte und zum ersten Bericht](#)

Schweiz: Familienbarometer 2024

Pro Familia Schweiz und Pax haben das zweite Schweizer Familienbarometer veröffentlicht. Für mehr als die Hälfte der befragten Familien (52 %) reicht das Einkommen nur knapp oder gar nicht. Im Vorjahr betrug der Wert 47 %. Für vier von zehn Familien sind Kosten ein Grund, auf weitere Kinder zu verzichten. Dabei sind für 15 % der Befragten die Kosten der Hauptgrund und für 26 % einer von mehreren Gründen, keinen weiteren Nachwuchs zu haben. Vier von fünf Familien in der Schweiz sind mit ihrem aktuellen Familienleben zufrieden, was einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Gleichzeitig haben sich die Erwartungen zur künftigen Entwicklung der allgemeinen Situation für Familien in der Schweiz stark eingetrübt: 79 % der Befragten rechnen über die nächsten drei Jahre mit einer Verschlechterung.

- [Link zum Familienbarometer](#)

Schweiz: Eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Armut soll verabschiedet werden

Der Bundesrat, die Regierung der Schweiz, hat sich dafür ausgesprochen, eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Armut zu verabschieden. Dies erfolgte auf eine Initiative aus der sozialdemokratischen Fraktion, die zugleich eine Verlängerung des 2024 auslaufenden nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut sowie ein Armuts-Bekämpfungsgesetz erreichen wollte. Über die Verlängerung des Programms soll nach dessen Evaluation noch in diesem Frühjahr entschieden werden. Hingegen besteht keine Einigkeit über ein Armuts-Bekämpfungsgesetz.

- [Link zur Eingabe und Stellungnahme](#)

Irland: Bericht zu Kinderrechten in der Pandemie

Die irische Children's Rights Alliance hat einen Bericht über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung auf Kinder und Jugendliche veröffentlicht. Für den Bericht wurden sowohl

Kinder und Jugendliche als auch Entscheidungsträger:innen befragt. Daraus werden Schlussfolgerungen abgeleitet, wie in künftigen Notsituationen die Auswirkungen auf Kinderrechte besser erfasst und vermindert werden könnten.

- [Bericht der Children's Rights Alliance](#)  

Weitere Nachrichten

Mainstreaming der Kinderrechte in den Vereinten Nationen

Auf der jährlichen Sitzung des UN-Menschenrechtsrates zu den Rechten des Kindes ging es um das Mainstreaming der Kinderrechte in den Vereinten Nationen. In einem Leitfaden des Generalsekretärs zum Mainstreaming der Kinderrechte wird anerkannt, dass das gesamte UN-System und seine Einheiten die Kinderrechte systematisch in alle Aspekte ihrer Arbeit einbeziehen müssen, um ihr Mandat vollständig zu erfüllen. In der Erklärung werden die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, das Mainstreaming der Kinderrechte in ihre Systeme und Politiken zu integrieren und dabei die Kinder sinnvoll, sicher und umfassend zu beteiligen. Außerdem wird gefordert, die finanzielle Unterstützung für das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR), zu dem auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes gehört, aufzustocken, damit es sein Mandat zum Mainstreaming der Kinderrechte wirksam erfüllen kann.

- [Mainstreaming der Kinderrechte](#)  

Thailändische Parlamentskammer stimmt für gleichgeschlechtliche Ehe

Nach Nepal und Taiwan führt nun auch Thailand als drittes Land in Asien die Ehe für alle ein. Im Repräsentantenhaus stimmten 399 zu 10 Abgeordnete dafür. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung von Senat und König, doch das gilt als Formsache. Homosexuelle Paare konnten bisher nur eine Lebenspartnerschaft eingehen und erhalten in dem Gesetz nun rechtlich, finanziell und medizinisch die gleichen Rechte wie bisherige Ehepartner:innen.

Stellungnahme von Stakeholdern zu Kinderrechten im UN Global Digital Compact

Der Global Digital Compact (GDC) der Vereinten Nationen zielt darauf ab, eine internationale Vereinbarung darüber zu treffen, wie komplexe digitale Probleme am besten angegangen werden können. Er folgt einem menschenrechtsbasierten Ansatz, einschließlich „spezifischer Maßnahmen zum Schutz von Kindern, um einen inklusiven, offenen, sicheren und geschützten digitalen Raum zu fördern.“ Neun Organisationen vermissen jedoch in einer Stellungnahme eine systematische Berücksichtigung von Kindern im gesamten Pakt und fordern, dass der Global Digital Compact die Förderung, den Schutz und die Umsetzung von Kinderrechten im digitalen Umfeld in den Vordergrund stellt.

#VoteforChildren: Aufstehen für die Rechte der Kinder bei den kommenden EU-Wahlen

#VoteforChildren ist eine Kampagne, die darauf abzielt, dass Kinderthemen bei den Europawahlen 2024 ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Im Europäischen Parlament haben 23 zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen, die sich für die Rechte von Kindern einsetzen, die Kampagne gestartet. Mit dem Ziel, die Kandidat:innen für die nächsten EU-Wahlen dafür zu mobilisieren, die Rechte der Kinder in der nächsten

Legislaturperiode zu fördern und zu schützen, rufen Kinderrechtsexpert:innen die zukünftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, sich auf die Kinderrechte zu verpflichten. Ein Manifest für die Kinderrechte skizziert konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen, mit denen Kinder heute in Europa und weltweit konfrontiert sind, und enthält Empfehlungen, um sicherzustellen, dass die Stimmen der Kinder gehört und ihre Rechte auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung geschützt werden.

- [Manifest für die Kinderrechte](#) 

Europäische Jugendwoche 2024

Alle zwei Jahre ruft die Europäische Kommission mit der Europäischen Jugendwoche (EJW) zur Förderung des Engagements junger Menschen und ihrer aktiven Bürgerschaft auf. 2024 findet die Europäische Jugendwoche vom 12. bis zum 19. April statt. Dabei wird sich alles um die Demokratie und die kommenden Europawahlen drehen. Es sind über 400 Aktivitäten in 29 Ländern geplant, auch in Partnerländern außerhalb Europas.

- [Europäischen Jugendwoche 2024](#) 

Berichte und Studien

WHO/HBSC: Mobbing und Gewalt unter Schulkindern in 44 Ländern

Der jüngste Bericht der HBSC-Studie (Health Behaviour in School-aged Children) wurde vom WHO-Regionalbüro für Europa veröffentlicht. Er gibt Einblicke in die Verbreitung und Auswirkungen von Peer-Gewalt und Mobbing unter Heranwachsenden. Diese umfassende Analyse, die sich auf Daten aus 44 Ländern stützt, die an einer Erhebung 2021/22 teilgenommen haben, verdeutlicht die Häufigkeit von körperlichen Auseinandersetzungen, Mobbing und insbesondere Cybermobbing. Er unterstreicht die dringende Notwendigkeit gezielter Interventionen und Maßnahmen. So berichten 6 % der Jugendlichen, dass sie in der Schule mobben (8 % der Jungen, 5 % der Mädchen), und etwa 11 % sind selbst davon betroffen. Auch Cybermobbing nimmt weiterhin zu.

- [WHO/HBSC-Bericht](#)  

UNICEF: neuer Bericht zu weiblicher Genitalverstümmelung

Etwa 230 Millionen heute lebende Mädchen und Frauen haben eine weibliche Genitalverstümmelung erlitten (Female Genital Mutilation, FGM). Die am Weltfrauentag veröffentlichten Schätzungen von UNICEF zeigen einen Anstieg um 15 % seit 2016, dem Jahr des letzten Berichts. Die meisten Betroffenen leben in afrikanischen Ländern, Asien und dem Nahen Osten, aber auch in Einwanderungsländern in anderen Teilen der Welt treten Fälle auf. Die vorhandenen Fortschritte bei der Beendigung von weiblicher Genitalverstümmelung seien nach wie vor langsam und blieben hinter dem Bevölkerungswachstum zurück – insbesondere in den Regionen, in denen die Praxis am häufigsten vorkomme. Um weiblicher Genitalverstümmelung bis 2030 ein Ende zu setzen, wie es in den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen angestrebt wird, müsse der weltweite Rückgang 27-mal so schnell sein. Die weibliche Genitalverstümmelung wird in der neuen Richtlinie zum Schutz von Frauen vor Gewalt sanktioniert, auf die sich die EU-Institutionen sich im Februar geeinigt haben (s. [AGF EuropaNews 02/24](#)). Demnach muss in allen Mitgliedstaaten künftig das Höchstmaß der Freiheitsstrafe mindestens fünf Jahre betragen.

- [UNICEF-Bericht](#)  

TraFaDy: Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf transnationale Familien

Das Netzwerk „Transnational Families Dynamics in Europe“ (TraFaDy) hat in einem Bericht die Ergebnisse eines Workshops von Expert:innen veröffentlicht, um die aktuellen Vorschläge für den neuen EU-Migrations- und Asylpakt zu analysieren und die möglichen Auswirkungen auf transnationale Familien zu diskutieren. Der Workshop fand in einem hybriden Format in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) in Berlin statt und umfasste sowohl TraFaDy als auch externe Expert:innen. Der Bericht stellt Grundzüge des neuen EU-Migrations- und Asylpakts dar (s. [AGF EuropaNews 01/24](#)) und zieht Schlussfolgerungen zur Rolle von Familien und Kindern in diesem Pakt.

➤ [Bericht von TraFaDy](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
7. April 2024	Weltgesundheitsstag	Weltgesundheitsorganisation (WHO)
8. April 2024, online und Brüssel	Speaking Up for Child Safety Online; VOICE Report Launch	Eurochild, ECPAT International, und Terre des Hommes NI (Down to Zero Alliance)
8. April 2024, Brüssel (und Webstreaming)	Poverty Watch Report 2023 Launch Event: Unsustainable Welfare States & Risk of Austerity	European Anti Poverty Network (EAPN) and the Civil Society Organisations' Group of EESC (European Economic and Social Committee)
12. bis 19. April, in 28 Ländern	Europäische Jugendwoche 2024	Europäische Kommission
16. April 2024, Dublin	Life-long learning: Bringing the family perspective to the education field	COFACE Families Europe
17.-19. April 2024, Vilnius, Litauen	13th European Conference for Social Work Research – Envisioning Future: Social Work Research and Discourse in the Age of Industry 4.0	European Social Work Research Association (ESWRA) und Vilnius University
18. April 2024, 14:30 bis 16:30 Uhr, online	Politische Teilhabe älterer Menschen fördern: ein internationaler Austausch	BAGSO
24.-30. April 2024	World Immunization Week	WHO
25. -26. April, Brügge,	European Social Work Conference 2024	EU-Ratspräsidentschaft

Belgien		
2.-3. Mai 2024, Brüssel, Belgien	Europäische Garantie für Kinder: vom Engagement zur Realität (nicht allgemein zugänglich)	EU-Ratspräsidentschaft
5.–8. Juni 2024, Boston, USA	Coping With Transition: Individual, Family, and Beyond	AFCC
9. Oktober 2024, Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:

